

Volks-Zeitung

Italien verläßt die Friedenskonferenz.

Wilson über die Adriafrage. — Abreise der deutschen Delegierten am Montag.

Siume den Kroaten.

Rotterdam, 24. April. (Z. N.)

Das amerikanische Pressebureau in Paris veröffentlicht eine Erklärung des Präsidenten Wilson zu der Adriafrage. In dieser Erklärung, die Wilson ausdrücklich als eine persönliche Stellungnahme bezeichnet, legt der Präsident die Gründe dar, die ihn veranlassen, sich der Zuweisung der Küste an die Italiener zu widersetzen. Er führt aus, daß der Friede, der mit Deutschland geschlossen werden sollte, auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit aufzubauen sein sollte. Dieselbe Grundlage gelte aber auch für die Gebiete, die früher Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie waren, und bei Beachtung dieser Grundlage dürfe Flumen nicht als Lohn für den Import und Export Italiens dienen, sondern nur für den Handel der nördlich und nordöstlich von Flumen gelegenen Gebiete, namentlich Ungarn, Rumänien und die südöstlichen Staaten. Die Erklärung erinnert weiterhin daran, daß Flume in dem Vertrage von London im Jahre 1915 Kroaten zugewiesen wurde, während nach demselben Vertrag Italien nur einzelne Punkte an der dalmatinischen Küste erhalten sollte, um dieses gegen Ueberfälle von Seiten Österreich-Ungarns zu sichern.

Paris, 24. April. (Havas.)

Nach der Veröffentlichung der Note des Präsidenten Wilson hielt die italienische Delegation eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, Paris zu verlassen. Orlando hat Wilson und Lloyd George mitgeteilt, daß die italienischen Delegierten am Donnerstag aus Paris abreisen würden.

Auch die Belgier wollen streiken?

In Pariser diplomatischen Kreisen geht das Gerücht, daß sich auch die belgische Regierung mit der Absicht trägt, ihre

Delegierten der Friedenskonferenz aus Paris zurückzuberufen, weil die belgische Regierung mit der Erledigung der belgischen Ansprüche durch den Verrerrat in hohem Maße unzufrieden ist.

Paris, 23. April. (Havas.)

„Journal“ meldet, daß die polnische Kommission am Dienstag die Vorschläge prüfte, die von der mit dem Studium der Ostgrenzen Polens beauftragten Kommission gemacht worden waren. Außer Brest-Litow und Rowno soll Polen die Buglinie zugewiesen werden.

Veröffentlichung der Friedensbedingungen?

London, 23. April.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß vorläufig die Absicht besteht, einen amtlichen Auszug aus den Friedensbedingungen der Presse zu überreichen, wenn sie den Deutschen überreicht werden. Aber möglicherweise wird dieser Beschluß geändert werden.

Die Fahrt zur Friedenskonferenz.

Abreise der deutschen Delegierten am Montag.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ teilt halbamtlich mit: Auf Grund der eingetroffenen Anmerkungen des Vorsitzenden der ständigen interalliierten Waffenstillstandskommission, General Rudant, durch welche die wesentlichsten deutschen Forderungen erfüllt werden und deren Ton wesentlich höflicher ist als der ihrer Vorgängerinnen, werden die deutschen Bevollmächtigten am Montag die Fahrt nach Versailles antreten. Die zugelassenen Pressevertreter werden mit ihnen reisen. Die drei „Quartiermacher“ werden sofort von Spa aus nach Versailles fahren.

Die Wahrheit über den 4. August 1914.

In einem Artikel des „Vorwärts“ erklärt Eduard Bernstein die Kreditbewilligung der Sozialdemokratie durch eine Reihe von Tatsachen, die in ihrer Zusammenfassung von bemerkenswertem Interesse sind. Es heißt da:

Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie beriet am 3. August 1914, als deutscherseits nur erst die Kriegserklärung gegen Rußland mit dem Zusatz bekanntgegeben war, daß russische Truppen schon am 1. August die deutsche Grenze überschritten, Rußland den Krieg begonnen habe, wie sie sich zur Fortsetzung eines Kriegskredits von 5 Milliarden Mark stellen sollte. Ob sie in die Debatte darüber eintrat, einigte sie sich dahin, daß sie, wofür sich auch die Mehrheit entschied, sollte, im Hause geschlossen stimmen werde. Der Mehrheitsentscheid fiel am späten Nachmittag mit allen gegen 14 Stimmen zugunsten der Bewilligung aus, und es ward eine Kommission beauftragt, eine Namensliste zu verlesen, die die Mitglieder der Abstimmung auszuwählen, die mit den Gründen für die Bewilligung zugleich den Protest der Fraktion gegen die imperialistische Politik zu enthalten habe, als deren Folge sie den Krieg betrachte. In jenem Zeitpunkt war der Fraktion weder die Kriegserklärung an Frankreich noch das an Belgien gerichtete Ultimatum bekannt.

Am 4. August 1914, vormittag, legte die Kommission der Fraktion einen Entwurf vor, der mit einigen Änderungen Annahme fand. Der beschlossene Text ward auf Wunsch der bürgerlichen Parteien diesen vor der Verlesung mitgeteilt, weil sie von jenem Wortlaut es abhängig machen wollten, ob sie überhaupt das Wort nehmen würden. Durch sie erhielt auch die Regierung von ihm Kenntnis. Zur Abgabe der Erklärung wurde Hugo Haase, damals Vorsitzender der Fraktion, bestimmt, obwohl er gegen die Bewilligung der Kredite gestimmt und bestimmt und dringend gebeten hatte, ihm die Verlesung zu ersparen.

Erst als dies alles festgelegt war, erfuhr man aus der am Nachmittag des 4. August 1914 gehaltenen Rede des Reichstagspräsidenten v. Bethmann-Hollweg zum erstenmal von dem Schritt hinsichtlich Belgiens. Und obendrein in welcher Weise! Erst erzählt der Kanzler dem Reichstag, daß Frankreich, obwohl der Kriegszustand noch nicht erklärt war, durch bombenwerfende Flieger, Kavalleriepatrouillen, auf reichslandisches Gebiet einbrochene Kompanien den Frieden gebrochen und uns tatsächlich angegriffen“ habe, und fuhr dann fort:

„Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr, und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Rußland befreit, vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens zu respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiert. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Platte am unteren Rheinhütte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht — ich spreche offen — das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.“

Seute wußten wir, daß diese Darstellung falsch war. Falsch die Nachricht von den Fliegerbomben, falsch die Nachricht von den eingebrochenen Kompanien, falsch die Nachricht von der Bereitwilligkeit der Franzosen zum Einfall durch belgisches Gebiet. Dagegen waren der deutsche Truppen nicht „überall“, sondern tatsächlich, und zwar schon am Morgen des 4. August, in Belgien eingerückt. Die sozialdemokratische Fraktion wußte nichts von alledem.“

In der gleichen Situation befanden sich natürlich auch die bürgerlichen Kreditbewilliger. Es wird eine Aufgabe des Staatsgerichtshofes sein, aufzuklären, ob Herr v. Bethmann-Hollweg von sich aus solche Darstellungen gegeben hat oder wer ihn angelegen hat.

Das Räteystem im Völkerbund.

Graf v. Kehler vor den Jungdemokraten.

Auf Einladung des Demokratischen Jugendvereins Groß-Berlins entwickelte der bisherige deutsche Bevollmächtigte in Warschau, Graf v. Kehler, einen neuen Plan eines „wirklichen Völkerbundes“. Er knüpfte zunächst an den Pariser Entwurf, an dem er scharfe Kritik übte. Er betonte, daß dieser eigentlich doch nur ein Festhalten an der alten und so verhängnisvollen Bündnispolitik bedeutet.

Antwärend an ein Wort Eduard Bernsteins, daß wir „erst den mythischen Glauben an den Staat abstreifen müssen, um für den Völkerbund reif zu werden“, schlug Graf Kehler vor, beim Aufbau des Völkerbundes nicht nur die Staaten als solche, sondern auch die in ihnen verstreuten Völker auszusuchen und zu überlegen, indem man die einzelnen beruflichen und gesellschaftlichen Schichten unmittelbar für die Zusammenfassung des „Weltrates“ heranzieht. Er meinte, ein Volk bilde ja auch kein einheitliches Ganzes, und seine einzelnen Schichten stehen jedenfalls in engerem Zusammenhang mit den entsprechenden Schichten anderer Völker als die Staaten untereinander.

Der so gebildete Weltrat soll dann auch die Befugnisse haben, die dem Völkerbund zugesagt sind: durch wirtschaftlichen Druck und Boykott und nötigenfalls auch mit militärischen Mitteln Kriege zu verhindern. Graf Kehler denkt aber auch an eine positive Förderung des Friedensgedankens durch den Weltrat durch Ausarbeitung von Plänen für die Förderung der Produktion und ähnliches.

In der an den beifällig ausgenommenen Vortrag sich anschließenden Aussprache waren vor allem bemerkenswert Ausführungen des bekannten Völkerrechtlers Professor Schäding. Er bekämpfte den Hegelschen Begriff vom Staat und begründete es, daß sich jetzt auch in Deutschland die Auffassung durchsetzt, daß der Staat um der Menschen willen da ist, und nicht umgekehrt! In eine völlige Ausschaltung des Staates im Weltrate glaubt Professor Schäding nicht. Er ist vielmehr für eine Kombination: Vertreter der Staaten und Vertreter der beruflichen Organisationen sollen zusammen das Weltparlament bilden.

Deutscher nach als in seinem eigenen Vortrage ließ Graf Kehler in seinem Schlusswort erkennen, daß sein „Weltrat“ nichts anderes ist, als die Uebertragung des Räteystems auf den Völkerbund (!).

Die Rätefeier in Italien. Aus Amsterdam meldet L. N. Nach einem Bericht aus Rom hat der Vorstand der sozialistischen Partei beschlossen, daß am 1. Mai die Arbeit ruhen soll.

Ebert verhängt den Belagerungszustand über Sachsen.

Mitteilg. Berlin, 24. April.

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit wird hiermit über das Gebiet des Freistaats Sachsen der Belagerungszustand verhängt. Mit der Durchführung der sich hieraus ergebenden Maßnahmen wird die sächsische Regierung beauftragt.

Der Reichspräsident: Ebert-Scheidemann.

Bisher hatte die sächsische Regierung den Belagerungszustand bereits verhängt. Die Leipziger Unabgängigen haben ausdrücklich erklärt, diesen Belagerungszustand nicht anzuerkennen. Da nach der Verfassung dem Reichspräsidenten die Exekutive für das Reichsgebiet zusteht, soll offenbar jetzt von Reichs wegen gegen Leipzig eingeschritten werden.

Säuberung in Hamburg.

Torpedoboote als Hafenschuß.

Hamburg, 24. April.

In der vergangenen Nacht wurden durch zweitausend Mann Volkswachttruppen etwa 35 Straßenläden in St. Pauli abgesperrt. Die Truppen wurden durch zweihundert Kriminalbeamte unterstützt. Bis 9½ Uhr vormittags wurden über hundert Personen wegen unbefugten Waffentragens, Karfreitag, Diebstahls, Schleichhandels usw. festgenommen. Bedeutende Mengen von Gewehren, Revolvern und Munition, Fieb- und Stichwaffen wurden aus den Häusern herausgeholt. Die Durchsuchung wird im Laufe der nächsten Tage fortgesetzt werden. Umfangreiche Maßnahmen sind getroffen, um Freiheiten, Fafen und Lebensmittelverteilung zu sichern. Die Vorbereitungen sind bereit, daß eine Wiederholung der Vorkommnisse der letzten Tage ausgeschlossen ist. Die Sicherheit in Hafen wird durch eine dem Kommandanten von Groß-Hamburg unterstellte Torpedobootflottille gewährleistet.

Die Lage in München „sehr trübe“.

München, 24. April. (L. Z. D.)

Die Lage in Bayern im allgemeinen, wie vor München im besonderen ist unverändert geblieben. In München selbst sind die Verhältnisse sehr trübe. Die von dort eintreffenden Nachrichten sind spärlich und unzuverlässig. Die Lage in Augsburg ist durchaus gesichert.

Der Terror in Oberschlesien.

Uergewaltigung eines Bergwerksdirektors.

Kattowitz, 24. April.

Auf der Friedenshütte fanden Verhandlungen statt, in deren Verlauf die ausgesetzene Absehung der beiden Direktoren zurückgezogen wurde; ein Schiedsgericht sollte den Spruch, daß die Absehung der Beamten der Leopoldas-Grube zu Unrecht geschähen sei. — Gestern begaben sich Arbeiter in die Wohnung des Direktors Jüngst von der Gesellschaften Bergverwaltung, schleppten ihn in das Zechenhaus und erpöckten von ihm, unter Androhung schwerer körperlicher Mißhandlung, die Aussage der Bezahlung der letzten Streiklohnstriche. Die Direktion erkennt diese Aussage nicht an.

Aufhebung der Blockade bei Friedensschluß.

Bonar Law an die liberalen Frauen Englands.

London, 23. April. (Reuter.)

Bonar Law erklärte gegenüber einer Deputation der liberalen Frauen: Die Enge der Blockade sei schon sehr gelindert worden, um die Verteilung der für Deutschland und Oesterreich bestimmten Lebensmittel zu erleichtern. Bei Unterzeichnung des Friedens würden alle Einfuhrbeschränkungen beseitigt werden. Er erwarte auf jeden Fall baldige Vorkehrungen, die es den Alliierten ermöglichen werden, die große Not in diesen Ländern zu mildern.

Ein Regierungsbekenntnis zu Schleswig-Holstein.

Der preussische Ministerpräsident an den Magistrat von Schleswig.

Schleswig, 23. April.

Auf eine der preussischen Staatsregierung vom Magistrat in Schleswig übermittelte Resolution, die am 23. März d. J. von über 6000 schleswig-holsteinischen Männern und Frauen gefaßt wurde, ist folgende Antwort vom preussischen Ministerpräsidenten eingegangen: „Die preussische Staatsregierung dankt herzlich für die Mitteilung vom 23. März über die in Schleswig stattgehabe Verammlung und für das treue Bekenntnis zum deutschen Vaterlande. Das mecrum duldungene Land wird mit allen Mitteln in Hilfe gebracht werden und jede aus dem Lande selbst kommende Beiste ist dabei auf das herzlichste willkommen.“

Die Internationale in Amsterdam.

Einreiseverweigerung für Müller und Wels?

Die deutschen Mehrheitsdelegierten zur Internationalen Sozialistenkonferenz in Amsterdam, die bekanntlich am 26. April beginnen soll, Hermann Müller und Otto Wels, haben, nach einer Mitteilung des „Vorwärts“, noch nicht abreisen können, weil sie bisher von der niederländischen Regierung noch keine Einreiseerlaubnis erhalten haben.

Ein neues Zeitungsverbot.

Auf Befehl des Reichswehrministers Noske ist die Zeitung „Die Republik“ verboten worden. Gerade weil es sich bei der „Republik“, die auf dem linken Flügel der U. S. W. steht, um ein Organ handelt, gegen das wir uns wiederholt mit Schärfe wenden mußten, müssen wir sagen, daß das Verbot ein Schlag ins Gesicht der Pressefreiheit ist. Kann der Reichswehrminister wirklich nicht ohne die Mittelchen des alten Militarismus auskommen? Belagerungszustand und Zeitungsverbote — das war die Weisheit der alten Militärbehörden. Herr Noske steht ganz unter ihrem Geist, und wir würden uns nicht wundern, wenn er unter ihrem Einfluß, demnach nicht deutsche Republik verbieten würde.